

Alfred Mozer, Politische Eindrücke in Österreich (August 1953)

Quelle: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam. Partij van de Arbeid (PvdA) 1946-1966 (-1967). Europese zaken, met name Duitsland. 1950-1953. Rapporten Dossier Mozer II Buitenland 1951-1953, 1147.

Urheberrecht: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis / International Institute of Social History

URL: http://www.cvce.eu/obj/alfred_mozar_politische_eindrucke_in_osterreich_august_1953-de-bbcfdee0-9791-494b-942e-ed45e75fa392.html

Publication date: 03/07/2015

Politische Eindrücke in Österreich.

Vertraulich.

Im Auftrag der Union Européenne des Fédéralistes bin ich vom 1. bis 10. August 1953 in Österreich gewesen. Es erscheint mir zweckmässig, den Bericht über die Reise in einen politischen und einen organisatorischen Teil zu scheiden. Der letztgenannte Teil für das Exekutiv-Bureau soll diesem politischen Bericht folgen, der unbedingt vertraulich behandelt werden muss. Im Augenblick, da ich nach Wien kam, schien eine neue Phase in der österreichischen Aussenpolitik zu entstehen, vor allem unter dem Eindruck der Sovjetrussischen Massnahmen in Österreich. Es war mir möglich, diese Phase in allen Einzelheiten mitzerleben und in direkten Gesprächen Eindrücke zu sammeln, die für die Beurteilung der österreichischen Politik wichtig scheinen. Die Offenherzigkeit in der Widergabe dieser Gespräche erfordert eine strikt vertrauliche Behandlung dieses Berichtes.

Alfred Mozer.

Als ich am Morgen des 2. August in Wien ankam, nahm ich Verbindung auf mit Legationsrat Dr. Baumann, dem Mitarbeiter des Staatssekretärs Dr. Kreisky im Aussenministerium am Ballhausplatz. Meinen Besuch hatte ich bereits Mitte Juli in Stockholm vorbereitet, als ich mit Vizekanzler Schärf, Verkehrsminister Waldbrunner und Chefredakteur Pollak gelegentlich der Tagung der Sozialistischen Internationale zusammen war. Man hatte mir damals zugesagt, mir die nötigen Informationen zu geben, obwohl man befürchtete, dass nur wenige politische Persönlichkeiten in Wien sein würden. Als ich nun zu Dr. Baumann kam, erfuhr ich, dass am nächsten Tag eine ausserordentliche Kabinettsitzung über die Sovjet-Russische Note stattfinden würde, wozu alle Minister nach Wien kommen würden. Dass ich also schliesslich mein Ziel, die gewünschten Gespräche, erreicht habe, verdanke ich den Russen. Man soll besonders dann Dankbarkeit zeigen, wenn selten Ursache besteht.

Wie man sich erinnert, bezog sich die russische Note auf ein "Memorandum" der österreichischen Regierung, deren Existenz die westlichen Alliierten überraschte und deren Existenz in erster Instanz durch den Ballhausplatz in Abrede gestellt wurde. Später zeigte sich, dass das Memorandum eine Instruktion an den neuen österreichischen Gesandten in Moskau, Dr. Bischoff, war, deren Inhalt in grossen Zügen den westlichen Alliierten bekannt war, die Dr. Bischoff jedoch ungewohnterweise dem Vertreter der Sovjet-Union zur Kenntnis gebracht hatte. Unter Bezugnahme auf diese Instruktion hatte die Sovjet-Union einige Erleichterungen des Besatzungsregimes angekündigt, unter anderem die Aufhebung der Passkontrolle an der Grenze der sovjetischen Besatzungszone, den Verzicht auf die Besatzungskosten und die Zurückführung einer Anzahl Kriegsgefangener, soweit sie nicht als Kriegsverbrecher verurteilt sind. Bundeskanzler Dr. Raab hatte diese Massnahmen in öffentlicher Rede mit ziemlich überschwänglichem Dank quittiert. Der Pferdefuss der russischen Note war, dass von Österreich ein offizieller Verzicht auf den Kurzvertrag (anstelle des Staats- oder Friedensvertrages) erwartet wurde.

Die ziemlich übertriebenen Dankbezeugungen des österreichischen Bundeskanzlers und vor allem der zweckbewusste Missbrauch, den die Russen auf der diplomatischen Ebene von dieser österreichischen Haltung machten, erweckte im Westen den Eindruck eines Kurswechsels der österreichischen Aussenpolitik. Es herrschte bei meiner Ankunft in Wien ein unerwarteter Optimismus bezüglich eines echten russischen Entgegenkommens in der österreichischen Frage, während diese Begeisterung gleichzeitig bereits etwas gedämpft wurde durch die saure Reaktion, die aus Washington, London und Paris zu vernehmen war. Während die Optimisten in Wien mit geradezu kindlicher Naivität die russischen Massnahmen als eine isoliert russische-österreichische Aktion betrachteten, gaben sie sich keinerlei Rechenschaft über den Zweck der russischen Massnahmen im Hinblick auf Deutschland und die deutschen Wahlen. So weit verstieg sich der österreichische Egozentrismus, dass eine Zeitung der Christlichen Volkspartei die Veränderung in der russischen Aussenpolitik seit Stalin zurückführte auf den Unterschied zwischen dem früheren österreichischen Bundeskanzler Figl und dem heutigen Bundeskanzler Dr. Raab... Als man mir zum Ausdruck brachte, dass Wien die westlichen Reaktionen nicht begreife, habe ich dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt eine deutsche Übersetzung des hier folgenden Artikels des Berliner Korrespondenten des "Nieuwe Rotterdamse Courant" vom 1. August 1953 überreicht und gebeten, davon Kenntnis zu nehmen

und mir die österreichische Meinung darüber zu sagen.

Russisches Angebot an Österreich
Eine überraschende Initiative
Zusammenhang mit Asien

Unter diesem Titel schreibt der Berliner Korrespondent des "Nieuwe Rotterdamse Courant", dessen gute Beziehungen zu Karlshorst bekannt sind, am 1. August 1953:

"Man reibt sich auf der östlichen Seite die Hände. Man freut sich über den gelungenen Schachzug im Spiel um Österreich, und man freut sich über die Tatsache, dass man in der internationalen Politik auf überraschende Weise die Initiative ergreifen konnte.

Die Berichte aus Moskau enthalten aufregende Mitteilungen. Man erzählt, dass Österreich folgendes Angebot gemacht hat für den Fall, dass die Sowjet-Union dem Abschluss des Staatsvertrages ihre Zustimmung gibt:

a) Österreich ist nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages und nach der Zurückziehung aller Besatzungstruppen bereit, mit der Sowjet-Union einen Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag zu schließen;

b) Österreich wird weder jetzt noch in der Zukunft an der E.V.G. oder der Europäischen Politischen Gemeinschaft teilnehmen; es wird nicht an einer europäischen Wirtschaftsunion teilnehmen und sich weigern, seine Zustimmung zu geben zu militärischen Stützpunkten oder politischen Institutionen wie Rundfunkstationen, Zeitungen oder dergleichen durch auswärtige Mächte.

Die Sowjet-Union ihrerseits hat zugesagt, dass sie umfangreiche Handelsbeziehungen mit Österreich aufnehmen wird und ausserdem ihren Einfluss geltend machen wird, um Ungarn und die Tschechoslowakei zu bewegen, die Verkehrsbeschränkungen zwischen diesen Volksdemokratien und Österreich aufzuheben.

Die russische Regierung hat weiter erklärt, dass sie keine Forderungen stellen wird bezüglich der Rolle der österreichischen kommunistischen Partei. Von österreichischer Seite ist andererseits zugesagt, dass man die K.P.Ö. als demokratische Partei respektieren, ihr die ihr zukommende Freiheit einer demokratischen Partei im politischen Leben zubilligen wird, solange die sich an die demokratischen Spielregeln hält.

In einem Kommentar von östlicher Seite wird dabei hinzugefügt, dass die K.P.Ö. in der erstkommenden Zeit doch von untergeordneter Bedeutung ist; da das Streben der Sowjet-Union auf das Zustandekommen guter Beziehungen mit Österreich gerichtet ist, hält sie es nicht für wünschenswert, dort eine kommunistische Diktatur zu erstreben, solange es für die Sowjet-Union interessanter und ausserdem politisch wichtiger ist, Österreich zum Freunde zu haben.

Die Prawda vom Dienstag meldet, dass bei Überreichung der Beglaubigungsschreiben durch den neuen österreichischen Botschafter in Moskau, Bischoff, u.A. auch Pusjkin in seiner Eigenschaft als Chef der dritten europäischen Abteilung des russischen Aussenministeriums anwesend war. Diese besondere Nennung bedeutet nach dem Urteil Eingeweihter, dass die neue Regelung der österreichischen Frage die Arbeit des noch ziemlich jungen Exbotschafters von Budapest und Berlin ist, und dass die Mitteilung seiner besonderen Aktivität eine Anerkennung für seine wertvolle Arbeit ist.

Die Folgen der Lösung der österreichischen Frage bleiben nach dem Urteil östlicher Beobachter unter den

gegenwärtigen Umständen nicht beschränkt auf die Beziehungen zwischen den betroffenen beiden Ländern. Man denkt dabei auch an die europäische Politik der Vereinigten Staaten, die durch die Isolierung Österreichs einen Schok erhalten hat. Man denkt jedoch vor allem an die Folgen, die das Beispiel Österreichs in West-Deutschland haben kann, und man glaubt auch, dass auf die Dauer das Gefühl erstarken wird, dass die Politik Adenauers falsch war, soweit sie ausschliesslich auf die Kraft der Vereinigten Staaten gerichtet war, ohne dabei zu überlegen, dass Kraft allein zwar im Kriege gilt, aber nicht, wenn von verschiedenen Seiten versucht wird, die Streitfragen friedlich zu regeln.

Die russische Politik hat Korea und Österreich so nötig gehabt wie der Bauer den Regen nach einer Periode der Trockenheit, sagte ein östlicher Politiker. Darum kann man eigentlich ohne Übergang der Besprechung über Österreich die Kommentare folgen lassen, die in diesem Kreise über die Entwicklung in Korea gegeben werden, da die Erwartungen auf russischer Seite hier auf der gleichen Ebene liegen wie in bezug auf Österreich. Korea ist für die Sovjet-Union aus zwei Gründen von propagandistischem Nutzen. Man weist darauf hin, dass die Verhandlungen in Pan Mun Djon zwei Jahre gedauert haben und dennoch zu einem guten Resultat führten. Das ist, meint man, der beste Beweis für die russische Argumentation, dass durch Verhandlungen die schwierigsten Fragen gelöst werden können, wenn man nur genügend Geduld aufbringt.

Jetzt, wo die Beispiele Österreich und Korea ihre Auswirkung auf die Bundesgenossen Amerikas nicht verfehlen werden, gibt man sich in östlichen Kreisen der Hoffnung hin, dass die Ausgangsstellung der russischen Delegation bei einer kommenden Viererkonferenz entschieden besser sein wird als es vor einigen Wochen schien. Aus der Entwicklung ergibt sich aber ausserdem deutlich, dass die Tagesordnung der Konferenz erweitert werden muss mit anderen Punkten als jenen, die bisher vorgesehen waren. Nicht nur in der Assemblée der Vereinigten Nationen, sondern auch auf der Konferenz der Vier wird die Sovjet-Union, so ist zu erwarten, für eine Teilnahme Chinas an der Regelung der Koreanischen Frage eintreten. Man steht auf dem Standpunkt, dass jetzt die Zeit gekommen ist, um den gesunden Verstand regieren zu lassen, und hält es für gewiss, dass England, Frankreich, Asien, der Arabische Block und der Rest von Europa, einschliesslich der skandinavischen Länder, hierzu bereit sein werden. Der Eintritt Rot-Chinas in den Kreis der Mächte, die verantwortlich sind für die Sicherung des Friedens ist von primärer Bedeutung für die Fortsetzung der in Pan Mun Djon begonnenen Besprechungen. Es ist der Zweck eines Waffenstillstandes, wiederum den Politikern das Wort zu geben. Die Entwicklung Asiens ist direkt mit der in Europa verbunden, sagt ein offiziöser Kommentator. Aber es kann kein Zweifel bestehen, so setzt er fort, dass sehr vieles abhängt von der Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten, um ihre Politik in Asien und Europa gründlich zu überprüfen. Das heisst keineswegs, dass sich der Kommentator dieser halb grossen Illusionen hingibt. Er erwartet schliesslich, dass eine weitere Versteifung der amerikanischen Politik kommen wird und dass dieses Land "grobe Repressalien" gegenüber seinen europäischen Bundesgenossen gebrauchen wird, um eine Konferenz der grossen Vier zu torpedieren. Aus diesem Grunde hält man es nicht für ausgeschlossen, dass etwa gegen Ende des Jahres in Asien wieder gekämpft werden wird, mit dem Unterschied, dass darin die Vereinigten Staaten allein zur Fortsetzung des Krieges gezwungen sein werden."

Am gleichen Abend, dem 2. August, verständigte mich Legationsrat Dr. Baumann davon, dass ich am nächsten Tag, nach Ablauf der Kabinettsitzung, beim Staatssekretär am Ballhausplatz erwartet werde. Ehe ich auf dieses Gespräch eingehe, will ich noch von einer Unterredung berichten, die ich in den Mittagstunden des 2. August im Landessekretariat der Sozialdemokratischen Partei hatte. Wie man weiss, ist nach aussen bisher kaum ein Unterschied in der Aussenpolitik der österreichischen Koalitionsregierung, bestehend aus Christlicher Volkspartei und Sozialdemokraten, festzustellen gewesen. Von sozialistischer Seite wird auch jetzt nicht von einem solchen Unterschied gesprochen. Wohl macht man sich, wie mir der Landessekretär Gratky mitteilte, Sorgen, dass Dr. Raab aus Unterschätzung des Gegners eine Neigung zeige,

eine Politik der Ost-CDU (Deutschland) zu führen. (Ein sozialistischer Minister gebrauchte später den Ausdruck: eine Politik der ungarischen Kleinbauern-Partei.) Zweifellos spielen dabei innerpolitische und persönliche Fragen eine Rolle. Von Aussenminister Gruber ist aus seiner Berliner Zeit (während des zweiten Weltkrieges) bekannt, dass er sehr stark unter dem Eindruck der imponierenden Leistung der Russen stand. Je mehr seine Bereitschaft, im Rahmen der Kabinettspolitik Erfolge mit den Russen zu erzielen, scheiterte, desto grösser wurde das Bedürfnis bei seinem ihn gerade nicht liebenden neuen Bundeskanzler, Dr. Raab, nun zu zeigen, dass er es besser mache. Raab hat innerparteiliche Schwierigkeiten seit er Figl verdrungen hat. Das Verhältnis Raab-Figl ist merkwürdig. Figl ist eigentlich immer eine Schachfigur von Raab gewesen, der sich wegen seiner Starhemberg-Vergangenheit in den ersten Jahren nicht in den Vordergrund wagt, obwohl Figl kaum einen Beschluss nahm, den er nicht mit Raab besprochen hatte. (Ein amerikanischer Vertreter hat während einer Party zu Raab gesagt: in einer Hinsicht hat es der neue Bundeskanzler leichter als der frühere; er braucht nicht jedesmal Dr. Raab zu konsultieren.) Raab braucht Erfolge in der Aussenpolitik, aus innerparteilichen Gründen. Es wäre völlig falsch, ihn als einen weniger grundsätzlichen Gegner der Kommunisten zu betrachten als die Sozialdemokraten. Aber bei ihm lebt zu sehr die Überzeugung, dass er kommunistische Neigungen seiner Anhänger nicht zu fürchten brauche, ihm also bei Konzessionen an die Russen nichts passieren kann. Ausserdem vertritt er den industriellen Flügel seiner Partei, der auf Osthandel spekuliert. Mitglieder seiner eigenen Partei und Wähler seiner Partei, die gegenüber seiner grösseren Konzessionsbereitschaft mit Reserve stehen, zwingen ihn zu "Erfolgen", die er unter allen Umständen erreichen will. Auf dieser Basis ist eine Art Wettlauf zwischen ihm und Dr. Gruber entstanden, der während der Krönungsfeierlichkeiten in London Kontakt mit Malik hatte und ausserdem während eines Aufenthaltes in der Schweiz sich der Vermittlung von India in Moskau zu bedienen versuchte. Es kann kein Zweifel bestehen, dass die Sozialisten illusionsfreier gegenüber der Politik der Russen stehen als Raab. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, sahen sie in dem russischen Entgegenkommen einen Schachzug im Deutschlandspiel und machten sich kaum Hoffnungen auf echte Entscheidungen bezüglich des Staatsvertrages. Darin unterscheiden sie sich auch von den deutschen Sozialdemokraten. Sie glauben nicht an den Verzicht der Russen auf Mittel- und Osteuropa und sind darum nicht geneigt, einer solchen Illusion ihren Goodwill im Westen zu opfern. Soweit etwa einige der österreichischen Sozialisten im Zeichen eines Wiener Optimismus schwankend geworden sind, richtete sich der ausserordentlich scharfe Leitartikel von Oskar Pollak in der Wiener Arbeiterzeitung vom 1. August "Bitte und Danke" nicht nur gegen Raab, sondern auch gegen sie. Pollak, der zu den führenden Köpfen der österreichischen Sozialdemokratie gehört, ist in seiner europäischen Solidarität unerschütterlich.

Den Abend des 2. August verbrachte ich zusammen mit Dr. V. Beermann, dem Vertreter des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen. Beermann ist ausserordentlich ängstlich bemüht, nicht in das parteipolitische Getriebe in Wien verwickelt zu werden. Bei der parteipolitischen Verfilzung, die alles durchdringt, bis zu den einfachsten Beamtenstellungen und zur Wohnungsvermittlung, kann ich diese Sorge durchaus verstehen. Interessant aus der Arbeit des Flüchtlingskommissars war für mich, wie sehr Österreich durch seine Lage eine Tür zu Ost-Europa formt und wie sehr noch heute die Fäden der alten Donau-Monarchie in der Sprachkenntnis grosser Bevölkerungsschichten, aber auch in den Familienbindungen nach der Tschechoslowakei und Ungarn zum Ausdruck kommen. Hier ist ein Ansatzpunkt für die U.E.F. in Österreich. Es kann immer noch eine Aufgabe erfüllen, zu der es nirgends ähnliche Brücken gibt. Der Entbindungsprozess der Donau-Monarchie nach dem ersten Weltkrieg hat dazu geführt, dass von den früheren 52 Millionen Einwohnern dieses Gebietes heute nur noch die sieben Millionen Österreicher - relativ - frei sind. Der Rest ist in Volksdemokratien aufgegangen. Die Nationalitätenkarte dieses Gebietes gestattet keine befriedigenden Lösungen im Rahmen der nationalen Souveränität. Hier ruft alles nach grösseren Gemeinschaften mit wirklich föderalistischem Aufbau. Ansatzpunkte – geschichtlicher Art und bezüglich der Menschen – sind hier mehr als irgendwo zu finden; es fehlt die Mentalität der Sudetendeutschen.

In diesem Zusammenhang noch einige bezeichnende Anekdoten über die Atmosphäre in Österreich. Beim jüngsten Besuch des Flüchtlingskommissars der Vereinigten Nationen, Van Heuven Goedhardt, fand ein Empfang in einem Privathause statt, an dem der sozialdemokratische Innenminister Oskar Helmer und der Erzbischof-Koadjutor Dr. Franz Jachym teilgenommen haben. Beide begrüssteten sich herzlich mit dem Vornamen und duzten sich. Der Abend verlief im Erzählen von Anekdoten. Als einmal das Gespräch eine ernste Wendung zu nehmen drohte, spielt sich folgendes ab. Ein früherer christlich-volksparteilicher

Minister, der wegen unerlaubter Geschäfte aus der Regierung entfernt worden ist, erzählte dem Flüchtlingskommissar, dass er ein Buch über internationalen Handel geschrieben habe. Der Hohe Kommissar wollte es gerne haben. Im Augenblick ist es vergriffen, antwortete der Exminister; aber, so fiel der sozialistische Innenminister in das Gespräch, im schwarzen Handel ist es gewiss noch zu bekommen... Endlos sind auch die Geschichten, die man sich über den früheren Bundeskanzler Figl erzählt, dessen Trinkfestigkeit im Gegensatz zu seiner Weinliebe stand. Das konnte dazu führen, dass er in vorgerückter Stunde bei offiziellen Empfängen im Beisein der Hohen Kommissare Schauspielerinnen streichelte, küsste und ihnen nicht misszuverstehende Zwinkeraugen zuwarf, während die Diplomaten sich ernsthaft bemühten, ihr Lachen zu unterdrücken und weg zu sehen.

Am nächsten Tag war ich, mittags um 4 Uhr am Ballhausplatz. Im Wartezimmer, das der Einrichtung nach den Geist Metternichs atmete, wenn auch im Tisch (und nicht nur im Tisch) der Wurm sass, begegnete ich dem englischen und französischen Botschafter, die von Raab über den Verlauf und die Beschlüsse der abgelaufenen Kabinettsitzung unterrichtet werden sollten. Das Gespräch, das ich mit dem Staatssekretär hatte, bezog sich auf die folgenden Punkte.

1) Der Staatssekretär bestritt die Richtigkeit der russischen Interpretation österreichischer Zusagen, wie sie in dem Artikel des "Nieuwe Rotterdamse Courant" gegeben waren. Wohl hatte ich den Eindruck, dass immerhin, die Zusicherung, sich von militärischen Bindungen nach jeder Seite frei zu halten, erörtert worden war.

2) Die Kabinettsitzung hatte einen für Minister Gruber wenig erfreulichen Verlauf genommen, weil man unter dem Eindruck der westlichen Reaktionen auf den russischen (wenigstens teilweise als Missbrauch zu bezeichnenden) Interpretationsversuch der österreichischen Haltung stand. (Einer der Minister formulierte bei einem anderen Gespräch, das ich hatte, die Haltung Minister Grubers mit folgenden Worten: "So voll hat er die Hosen noch nie gehabt"). Inzwischen war auch scheinbar im Kabinett deutlich geworden und Raab verständlich gemacht, dass 1.) die russischen Konzessionen sehr beschränkt und 2.) nur den Zweck der deutschen Wahlbeeinflussung hatten. Im Gespräch mit dem Staatssekretär gebrauchte ich dabei den Ausdruck "mit der österreichischen Wurst nach der deutschen Speckseite werfen", ein Bild das, wie ich später feststellen konnte, dann auch durch die Presse aufgegriffen ist. Um Zeit zu gewinnen hat man sich damit begnügt, im Kabinett einen Antwortentwurf zu machen, der am 18. August dem Hauptausschuss des Parlamentes vorgelegt werden sollte. Man berief sich dabei auf das Parlament, weil dies die Möglichkeit bedeutete, nicht unmittelbar mit einer Bekanntmachung an die Öffentlichkeit treten zu müssen.

3) Nach dem Urteil des Staatssekretärs ist die prinzipielle, vielleicht nicht einmal die taktische, Haltung Moskaus unverändert. Wohl glaubt er einen methodischen Wandel feststellen zu können. Was er darunter versteht, zeigte er mit folgendem Beispiel. In der ersten Phase der sowjetischen Aussenpolitik gab es auf den wichtigen Aussenposten Vertreter, auf deren Urteil in Moskau gehört wurde. Man tat nichts ohne ihre Meinung gefragt zu haben. Das galt für Litwinow, Tschitscherin u.A. Dann kam, nach den Säuberungen der dreissiger Jahre, die Periode der sturen und kenntnislosen Auslandsvertreter. Sie wussten nichts vom Fach, kannten keine Sprachen, und brauchten sie auch nicht zu kennen, weil von ihnen erwartet wurde, dass sie den Mund hielten. Ihr Urteil war ohne Bedeutung und zählte auch nicht in Moskau. Seit einem Jahr ist hier ein Wandel im Gange. Man schickt wieder Leute hinaus, die etwas wissen und sich ein Urteil formen können. Der Staatssekretär sagte wörtlich: "Wenn man einen von uns in Wien gefragt hätte, mit welchen Massnahmen und in welcher Reihenfolge diese Massnahmen die grösste Wirkung auf das österreichische Volk haben würden, dann würden wir in Schlaf die Massnahmen und ihre Reihenfolge genannt haben, so wie die Russen sie jetzt durchgeführt haben." Das bedeutet jedoch, dass diese Massnahmen und die Reihenfolge ihrer Verkündung nicht in Moskau bestimmt, sondern vom russischen Vertreter in Wien ausgearbeitet und begründet wurde, und weiter, dass Moskau diesem Ratschlag Gehör gegeben hat.

4) Eine andere sowjetrussische Eigenart ist die Aussenpolitik nach dem historischen Prezedent. Man sucht in den Dossiers nach analogen Situationen und handelt danach. Der Staatssekretär glaubt, diese Methode in der veränderten Haltung gegenüber der Türkei feststellen zu können.

5) Die Auswirkungen der russischen Massnahmen in Österreich sieht der Staatssekretär folgendermassen:

besonders wichtig und psychologisch am bedeutsamsten ist die Aufhebung der Ausweiskontrolle an der sowjetrussischen Zonengrenze. Für Österreich hat dies eine völlig andere Bedeutung als für Deutschland. Österreich ist besetztes Gebiet, jedoch mit einer "unsichtbaren" Besatzungsmacht. (Tatsächlich habe ich während meines Wiener Aufenthaltes nur einmal die berühmten "Vier in einem Jeep" gesehen und einmal die Ablösung einer sowjetrussischen Wache von etwa 12 Mann. Und dies im August, wo die Russen den Vorsitz im Alliiertenrat im gemeinsam verwalteten 1. Wiener Bezirk hatten. Das Verwaltungsgebäude am Stalinplatz (die eine Hälfte des Schwarzenbergplatzes) zeigt nur an den Sitzungstagen (Freitags) eine Wache und offiziellen Fahنشmuck). Für den durchschnittlichen Österreicher ist niemals das Bewusstsein eines getrennten Landes entstanden. Er fand es nur unangenehm, dass er mitten in seinem Lande plötzlich einen Personalausweis zeigen musste. Die Streichung der Besatzungskosten berührt den Durchschnittsbürger weniger. Er ist davon überzeugt, dass diese Erleichterung der Staatskasse doch nicht zu einer wirklichen Steuerermässigung führen wird und ist ziemlich gleichgültig unter der Frage, wer nun das Geld behalten wird. Er behält es jedenfalls nicht in seiner Tasche. Durchaus effektiv war natürlich die Zusage der Rückkehr der Kriegsgefangenen. (Was die Streichung der Besatzungskosten betrifft, versicherte mir später Verkehrsminister Waldbrunner, dass nach dem Urteil des Finanzministeriums die Formulierung dieser Zusage derart ist, dass sehr wahrscheinlich nicht 150, sondern nur 30 Millionen Schilling eingespart werden würden.)

6) Den schwierigsten Punkt in den Kabinettsbesprechungen formte die russische Forderung an Österreich, deutlich auszusprechen, dass es auf den Kurzvertrag verzichte. Bereits in ihrer Note vom 15. Juli hatten die westlichen Alliierten erkennen lassen, dass sie auf den Kurzvertrag verzichten würden, wenn die Möglichkeit bestünde, über den bereits weitgehend behandelten Staatsvertrag oder einen anderen Vertragsentwurf zu verhandeln. Aber die Russen wollten eine ausdrückliche Zurücknahme. Für den Aussenminister Gruber lag hier insofern eine schwierige Situation, als er es war, der den Gedanken des Kurzvertrages bei den Amerikanern lanziert hatte und diese, eigentlich gegen ihren Willen, diesem Drängen nachgaben. Nun sollte er es sein, der aussprach, dass er nicht festhalten will an etwas, das er eigentlich den Amerikanern aufgedrungen hatte.

7) Natürlich hat der russische Verzicht auf die Besatzungskosten erneut die Diskussion zwischen der österreichischen Regierung und den Vertretern Englands und Frankreichs in Gang gebracht, einen gleichen Entschluss zu fassen. Beide Länder berufen sich darauf, dass sie schliesslich einen echten Schutz für Österreich liefern, den sie nicht ausschliesslich durch die Steuerzahler des eigenen Landes bezahlen lassen können. Ich bekam den Eindruck, dass man den Sicherheitscharakter vor allem der französischen Besatzung an österreichischer Seite bezweifelt. Die französische Besatzungsmacht ist nicht nur „mit Kind und Kegel“, sondern auch noch mit Schwiegermüttern häuslich in Österreich eingerichtet. Die österreichische Regierung ist der Auffassung, dass diese Truppen im Falle einer Gefahr nicht an die Verteidigung Österreichs, sondern an die Sicherheit ihrer Familien denken werden. Man ist davon überzeugt, dass die 4000 Mann vorzüglich ausgebildeten Grenzschutzes unter amerikanischer Schulung mehr bedeuten als die ganze französische Besatzungsmacht. (Amerikanische Offiziere haben erklärt, dass Amerika die Besatzungskosten gestrichen hat, um der Sicherung strategisch wichtiger Positionen den Charakter von steuerlichen Problemen zu nehmen; es hat, so sagen sie, wenig Zweck, dass wir jetzt Positionen räumen, die wir im Ernstfalle wiederum mit grossen Opfern erobern müssten.)

8) Bei den Verhandlungen über den Staatsvertrag wird von österreichischer Seite vor allem auf den Artikel 35 des Vertrages gewiesen, der nicht nur die Zahlung von 150 Millionen Dollar an die Sowjet-Union fordert, sondern ausserdem unbeschränkt dem österreichischen Staat die Souveränität über die Ölfelder entzieht, die der Ausbeutung durch die Sowjet-Union vorbehalten bleiben sollen. Hier wird man einmal fordern, dass der genannte Betrag vermindert werden muss um den Wert der Ausbeute, die die Sowjet-Union seither gewonnen hat, und ausserdem, dass ein Ausbeutungstermin von etwa 25 Jahren festgesetzt und dann diese Betriebe an Österreich zurückgegeben werden.

Die Handelpraktiken der USIA-Betriebe, also der unter russischer Verwaltung stehenden, der österreichischen Finanz- und Steuerhoheit entzogenen Betriebe, habe ich übrigens konstatieren können durch den Besuch verschiedener russischer Läden in Wien, wo ungarische und bulgarische Zigaretten unversteuert verkauft werden. Nur die schlechte Qualität dieser Zigaretten hat die Verluste, die dem

österreichischen Staat (über die staatliche Tabakregie) dabei entstanden, schliesslich beendet. In diesen Geschäften werden aber auch Produkte österreichischer Betriebe unter russischer Verwaltung (also frei von österreichischen Steuern) verkauft und importierte Güter aus Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und osteuropäischen Ländern, die unter Umgehung der österreichischen Einfuhrgebühren importiert sind. Das bedeutet, dass Schreibmaschinen aus der deutschen Ostzone z.B. etwa 20 bis 25 % billiger sind als sie normal auf den österreichischen Markt kommen können.

Für den nächsten Tag, also den 4. August, hatte ich mittags eine Verabredung zu einem Essen mit dem Innenminister Oskar Helmer, dem Verkehrsminister Waldbrunner, dem Sozialminister Meisel, dem Chefredakteur der Wiener Arbeiterzeitung und dem Fraktionssekretär der S.P.Ö. Pittermann. Es gab an diesem Tage eine doppelte Sensation. Inzwischen hatte die österreichische Regierung die Instruktionen veröffentlicht, die über den österreichischen Vertreter in Moskau der russischen Regierung bekanntgeworden waren und von dieser zu jenen Interpretationen missbraucht worden waren, worüber ich berichtet habe. Die Dankformulierung an die russische Regierung in diesen Instruktionen haben dann auch Höflichkeitsfloskeln, die nur aus der - vorsichtig gesagt - österreichischen Liebenswürdigkeit zu erklären sind. Es war für mich interessant, wie sehr sich Pollak, der Chefredakteur der Wiener Arbeiterzeitung, der eine Woche in Norwegen war (im Anschluss an die Tagung der Sozialistischen Internationale), gegenüber Helmer und Waldbrunner über den Ton ärgerlich ausgelassen hat, was für mich Anlass war davon zu sprechen, dass sein sehr scharfer Leitartikel "Bitte und Danke" wirklich nicht nur gegen Raab gerichtet war. Die zweite, noch wichtigere und zur österreichischen Ernüchterung erheblich beitragende Sensation war die an diesem Morgen, bekannt gewordene Sowjetrussische Note an die Westalliierten über die Viererkonferenz. Hierin wurde gesprochen über die Möglichkeit, die deutsche Frage und - am Schluss - eventuell auch über das österreichische Problem zu sprechen. Ausserdem forderte Russland die Teilnahme Rot-Chinas an einer solchen Konferenz, damit aussprechend, dass es den Augenblick für gekommen achtet, dass asiatische Länder zur Lösung europäischer Fragen herangezogen werden müssten. Nicht so sehr dies letzte Moment als vielmehr die Rangordnung von Österreich nach Deutschland, hat zur Ernüchterung der österreichischen Politik beigetragen. Die Hoffnungen auf eine vorrangige österreichische Lösung, sei es auch nur als Beweis gegen Adenauer, dass gutes Benehmen in Moskau belohnt wird, schwanden. Oskar Helmer sagte mir an diesem Mittag: "Nun ist eigentlich sogar die Einberufung des Hauptausschusses überflüssig; denn die Hoffnungen gewisser Leute sind zerplatzt." Es wurde dann noch erörtert, dass man natürlich die Note Russlands dahingehend interpretieren könne, dass das eine neben dem anderen stattfinden könne: also Viererkonferenz mit Gespräch über Deutschland und anschliessend über Österreich, während gleichzeitig die direkten Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag geführt werden können. Aber niemand der Teilnehmer an diesem Gespräch war zu dieser wohlwollenden Interpretation bereit. Die Pressekommentare gaben der Enttäuschung Ausdruck über die kurzlebigen Illusionen, die man sich in Österreich ausgemalt hatte und vor allem die oberösterreichische Presse hat in einer Reihe von Publikationen sehr stark die Notwendigkeit der europäischen Solidarität unterstrichen. Gerade hier gibt es für unsere Beziehungen gute und wertvolle Anknüpfungspunkte.

Bereits an diesem Mittag (also am 4. August) erfuhr ich, dass die Russen in der kommenden Sitzung des Alliierten Rates den Vorschlag der Aufhebung der Zensur sowohl in der russischen Zone als auch der allgemeinen Viermächtezensur für ganz Österreich machen würden. Dieser Vorschlag kam dann auch am 6. August. Die Amerikaner, die sich des mehr oder weniger offenen Tores in Österreich bewusst sind und seine Bedeutung nach jeder Richtung kennen, haben sich wahrscheinlich nicht gerade mit Begeisterung diesem Vorschlag angeschlossen. Inzwischen ist dann am 18. August die neue Regelung zustande gekommen.

Schliesslich ist mir noch der Kern eines Gespräches mit dem Verkehrsminister Waldbrunner bemerkenswert, das sich bezog auf das Verhältnis Österreich-Montanunion. In seinen eigenen Worten wiedergegeben, stellte er fest, dass Österreich an T. Stahl wenig mehr produziert als es selbst verbraucht, so dass hier kaum Schwierigkeiten entstehen. Anders liegt es bei Edelstahl, das es in erheblichem Umfange exportiert. "Nur der englischen Hilfe haben wir zu verdanken, dass wir nicht schon auf den Knien nach Luxemburg kriechen mussten."